

NACHRICHTEN

Die Briten wollen das Pfund nicht opfern

LONDON: Eine grosse Mehrheit der Briten will nach einer neuen Meinungsumfrage das Pfund Sterling nicht zu Gunsten des Euro aufgeben. 72 Prozent der Briten wollen das Pfund behalten, während 20 Prozent zur Aufgabe der nationalen Währung bereit sind. Dies ergab eine in der Sonntagszeitung «News of the World» veröffentlichte Umfrage des Mori-Instituts. Von den knapp über 1000 befragten Bürgern gaben 64 Prozent an, in dem von der Labour-Regierung versprochenen Referendum gegen den Euro stimmen zu wollen, während sich 24 Prozent für den Beitritt zur Einheitswährung aussprachen. Zwölf Prozent hatten keine Meinung. Etwa 58 Prozent waren der Meinung, dass eine Entscheidung über den Euro erst nach einer gründlichen Debatte getroffen werden könne. Nach Ansicht von 62 Prozent der Befragten würde Grossbritannien durch einen Euro-Beitritt seine nationale Identität verlieren.

Ehrendoktorwürde für Madeleine Albright



WARSCHAU: US-Aussenministerin Madeleine Albright ist gestern mit der Ehrendoktorwürde der Universität Danzig (Gdansk) ausgezeichnet worden. Die Hochschule begründet die Verleihung der Ehrendoktorwürde unter anderem mit

Albrights Engagement bei der Einbeziehung Polens in die politischen und militärischen Strukturen des Westens und der Aufklärung geschichtlicher Lügen der kommunistischen Regierungen in Osteuropa, meldete die polnische Nachrichtenagentur PAP. Albright erinnerte in ihrer Dankrede daran, dass mit der Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft «Solidarität» vor 20 Jahren in Danzig die Demokratiebewegung in Ostmitteleuropa ihren Anfang genommen habe.

Wegen Korruption zu Haftstrafen verurteilt

KAIRO: Im bislang grössten Korruptionsfall Ägyptens hat ein Gericht vier Parlamentsabgeordnete zu hohen Haftstrafen und Zwangsarbeit verurteilt. Das Staatssicherheitsgericht in Kairo verhängte auch gegen die übrigen 28 Angeklagten Strafen von einem bis zu 15 Jahren Gefängnis. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten ihre Beziehungen und familiäre Kontakte dazu benutzt haben, um von Banken Darlehen in Höhe von insgesamt umgerechnet etwa 800 Mio. Franken zu erhalten, ohne die dafür eigentlich notwendigen Sicherheiten vorzulegen. Zu den Drahtziehern gehörte auch eine prominente Geschäftsfrau, die nach Überzeugung des Gerichts Dokumente fälschte und Bankmanager bestach. Drei der Abgeordneten wurden zu je zehn Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt. Der vierte erhielt ein Jahr auf Bewährung. Alle vier gehören der regierenden Nationalen Demokratischen Partei (NDP) an. Gegen die Urteile ist noch Berufung möglich.

Kriegsverbrecher in Bosnien gefasst

SARAJEVO: SFOR-Soldaten haben gestern in der bosnischen Serben-Republik den 36-jährigen Dusko Sikirica verhaftet. Bereits am Nachmittag wurde er an das UNO-Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien in Den Haag überstellt. Der serbische Kommandant wurde vom UNO-Kriegsverbrecher-Tribunal wegen Völkermordes während des Bosnienkriegs gesucht. Ausserdem werden dem einstigen Leiter des serbischen «Todeslagers» Keraterm bei Prijedor in Bosnien Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verletzungen des Kriegsvölkerrechts und schwere Verstösse gegen die Genfer Konventionen zur Last gelegt. Die Opfer waren bosnische Muslime und Kroaten.

Die SFOR-Soldaten hätten Sikirica gegen 03.00 Uhr in seiner Wohnung in Prijedor, im Nordwesten des Landes, gestellt. Der Einsatz habe nur wenige Minuten gedauert. Der Serbe hatte zu den öffentlich Angeklagten gehört, die auch mit Plakaten gesucht wurden. Sikirica wird laut Anklage aus dem Jahr 1995 der Tod von Tausenden der Bevölkerung von Prijedor, ihre Misshandlung und ihre beabsichtigte Vernichtung im Lager vorgeworfen.

Japans Regierungskoalition weiter stärkste Kraft

Parlamentswahlen in Japan - LDP verliert jedoch voraussichtlich absolute Mehrheit

TOKIO: Bei den Parlamentswahlen in Japan hat die Regierungskoalition am Sonntag einen deutlichen Sieg errungen. Die Liberaldemokratische Partei verlor jedoch ihre absolute Mehrheit.

Nach Auszählung aller Wahlkreise konnte das Bündnis aus Liberaldemokraten (LDP), buddhistischer Komeito und Konservativer Partei mit 271 Sitzen ihr Ziel einer stabilen Mehrheit im 480 Sitze zählenden Unterhaus klar erreichen.

Die LDP verlor jedoch ihre absolute Mehrheit und kam nur noch auf 233 (271) Sitze. Sie ist künftig auf ihre Partner angewiesen. Die grösste Partei der zersplitterten Opposition, die Demokraten (DPJ), konnte dagegen deutlich auf 127 (95) Sitze zulegen. Die Wahlbeteiligung lag knapp über dem Rekordtief von 59,65 Prozent bei der vorherigen Wahl vor knapp vier Jahren.

Rückendeckung für Mori

Trotz der massiven Verluste seiner LDP stellten sich führende Par-



Noch ist offen, ob Yoshiro Mori weiter Japans Regierungschef bleibt.

teikollegen noch in der Wahlnacht hinter Partei- und Regierungschef Yoshiro Mori. Mori war Anfang April unerwartet als Nachfolger des gestorbenen Keizo Obuchi ins

höchste Staatsamt gekommen. Mit umstrittenen Äusserungen machte er sich schnell zu einem der unpopulärsten Spitzenpolitiker des Landes. Dennoch wird erwartet, dass

Mori in Kürze wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Er würde damit Ende Juli Japan auf dem G-8-Gipfel auf Okinawa vertreten.

Der Generalsekretär der LDP, Hiromu Nonaka, räumte ein, die Regierungspartei habe das Vertrauen der Stimmberechtigten nicht gewinnen können. Vor allem die Städte seien hart umkämpft gewesen. Die Demokratische Partei wertete ihren Wahlerfolg als «einen grossen Schritt vorwärts». Vor allem in den Grossstädten Tokio, Osaka und Kobe lag die Oppositionspartei klar vorne.

Massive Kritik

Experten hatten vor der Wahl prophezeit, dass die LDP Mori absetzen werde, falls sie ihre absolute Mehrheit verliere. Die LDP war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges praktisch ununterbrochen an der Macht. Der 62-jährige Regierungschef war in den vergangenen Wochen massiv kritisiert worden, nachdem er Japan als «göttliches Land mit dem Kaiser in seinem Zentrum» bezeichnet hatte.

ETA schlug erneut zu

Autobombe in Villen-Siedlung gezündet - Sieben Verletzte

BILBAO: Die baskische Separatistenorganisation ETA hat in der Nacht zum Sonntag in einer vornehmen Villen-Siedlung in Nordspanien eine Autobombe gezündet. Sieben Menschen erlitten Verletzungen.

Die Explosion des mit Sprengstoff vollbeladenen Personenwagens verursachte in der Kleinstadt Getxo schwere Schäden an Wohnhäusern und parkenden Fahrzeugen. Ein Anrufer hatte kurz nach Mitternacht im Namen der ETA 15 Minuten vor der Detonation telefonisch vor dem Anschlag gewarnt. Die Polizei verhinderte ein Blutbad, indem sie die Gegend rechtzeitig absper-

ren und nahe gelegene Wohnhäuser evakuieren liess. In dem Viertel, das überwiegend aus Villen und Luxusapartements besteht, wohnen zahlreiche prominente baskische Unternehmer und Bankiers.

Mächtige Explosion

Dazu gehört auch die Industriefamilie Declaux, deren Mitglied Cosme sich mehrere Monate als Geisel in der Gewalt der ETA befunden hatte. Der Anrufer sagte nach Angaben der Polizei, der Anschlag richtete sich nicht gegen eine bestimmte Person, sondern gegen die «Finanz-Oligarchie» insgesamt. Der Innenminister der autonomen baskischen Regierung, Javier

Balza, wertete den Anschlag als einen Teil der ETA-Kampagne zur Erpressung von Schutzgeldern. Die ETA habe in letzter Zeit nicht nur Grossunternehmern, sondern auch Inhabern kleinerer Firmen Erpresserbriefe geschickt mit der Aufforderung, den Separatisten eine «Revolutionssteuer» zu entrichten. Mit dem Anschlag sollten die Opfer der Kampagne weiter eingeschüchert werden.

Die mächtige Explosion der Autobombe war in der gesamten Stadt zu hören. Im Umkreis von etwa 70 Metern gingen Fensterscheiben zu Bruch, Dächer wurden beschädigt und Teile von Gebädefassaden weggerissen. Die meisten Verletz-

ten, darunter ein Kind, erlitten Schnittwunden durch umherfliegende Glassplitter. Dies war die vierte Autobombe, die die ETA seit dem Ende ihrer «Waffenruhe» im Dezember 1999 gezündet hatte.

Der Anschlag war insofern ungewöhnlich, als die ETA in letzter Zeit keine Warnungen vor Bombenexplosionen abgegeben und es gezielt darauf abgesehen hatte, bestimmte Personen zu töten. In diesem Jahr wurden bei Attentaten der Separatisten fünf Menschen getötet.

Die ETA kämpft für die Unabhängigkeit des Baskenlandes. Bei Anschlügen der Organisation kamen seit 1968 mehr als 800 Menschen ums Leben.

Deutsche Grüne machen mit neuer Führung mobil

Harte Debatte zum Atom-Konsens

MÜNSTER: Die deutschen Grünen wollen nach einer Reihe Wahlniederlagen wieder Tritt fassen und ihre Programmatik erneuern. Das machte die neue Führung der kleinen Regierungspartei klar, die am Samstag beim Parteitag in Münster mit überwältigender Mehrheit gewählt worden war.

Zuvor hatten die Grünen am Freitag mit einem eindeutigen Votum den Kompromiss zum Atom-Ausstieg zwischen rot-grüner Regierung und den Elektrizitäts-Konzernen gebilligt. Damit wurde ein Bruch der Koalition vermieden.

«Die Devise von Bündnis 90/Die Grünen heisst: «Jetzt geht es los», sagte die neue Partei-Chefin Renate Künast zum Schluss des zweitägigen Partei-Kongresses. Ihr Amtskollege Fritz Kuhn betonte nach seiner Wahl: «Der Neuanfang kann wirklich werden».

Die Berlinerin Künast wurde mit 82,6 Prozent (541 von 655 gültigen Stimmen) gewählt, der Baden-Württemberger Kuhn kam auf 73,7 Prozent (483 Stimmen). Beide kündigten an, dass die Grünen auch künftig ihre ökologischen Prinzipien offensiv durchsetzen und sich dabei in der Koalition profilieren woll-

ten. «Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine Erneuerung, eine Modernisierung», sagte Künast. Dies könne nicht alles Bundeskanzler Gerhard Schröder als dem «Kanzler aller Autos» überlassen werden, ergänzte Kuhn. Die Partei müsse im Regierungsbündnis «Reformmotor» sein und Visionen für



Die neuen Chefs der Grünen: Renate Künast und Fritz Kuhn.

Deutschland und Europa entwickeln. Beobachter werteten die Wahl der beiden und der anderen neuen Vorstandsmitglieder als Erfolg des «realpolitischen Flügels» der Grünen, auch wenn auf dem Parteitag betont wurde, dass die Zeit der Flügelkämpfe vorbei sei.

Unterstützt werden soll die neue Doppelspitze vom Parteirat. Dies ist eine Art Präsidium, in das erstmals alle Spitzenpolitiker einschliesslich Aussenminister Joschka Fischer eingebunden sind.

Nach engagierter Debatte hatten 433 der 660 Delegierten am Freitagabend die Vereinbarung zwischen der Regierung und den Stromkonzernen über den Ausstieg aus der Atomenergie unterstützt.

Bedauert worden war, dass der Konsens für die 19 Atomkraftwerke eine Betriebsdauer von maximal 32 Jahren und damit länger als von den Grünen gefordert vorsieht. Zudem gibt es keine festen Termine für die Abschaltung des ersten und des letzten Atom-Meilers.

Die Pragmatiker setzten sich jedoch klar durch. Umweltminister Jürgen Trittin bestritt entschieden, dass diese Vereinbarung gar keinen Ausstieg bedeute. «Dieses Ergebnis stellt eine historische Zäsur dar.»

SIMBABWE
Friedliche Wahlen
HARARE: Die Parlamentswahlen in Simbabwe sind im Wochenende relativ friedlich verlaufen. Die Wahlteilnahme ist trotz Einschüchterung durch die Regierung hoch. Präsident Robert Mugabe will auch bei einem Sieg die Opposition an der Macht halten. Die Regierung hat angekündigt, die Verträge über die Wahlen zu erfüllen. Die Wahlkommission hat angekündigt, die Wahlen am Sonntag im Rahmen der Verträge zu organisieren. Die Wahlkommission hat angekündigt, die Wahlen am Sonntag im Rahmen der Verträge zu organisieren. Die Wahlkommission hat angekündigt, die Wahlen am Sonntag im Rahmen der Verträge zu organisieren.